

POSTULAT von Philipp Kutter (CVP, Wädenswil), Thomas Maier (GLP, Dübendorf) und Peter Ritschard (EVP, Zürich)

betreffend Finanzplatz Zürich muss in der Expertengruppe des Bundes vertreten sein

Der Regierungsrat wird eingeladen, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Interessen des Finanzplatzes Zürich in der Expertengruppe des Bundesrates zur Zukunft des Finanzplatzes und des Bankgeheimnisses angemessen vertreten werden können.

Philipp Kutter
Thomas Maier
Peter Ritschard

Begründung:

Der Bundesrat reagiert auf die zweifelhaften UBS-Geschäfte in den USA, das Vorgehen der Finanzmarktaufsicht (Finma) und den internationalen Druck auf das Bankgeheimnis sehr zögerlich. Erst am 25. Februar 2009, also reichlich spät, hat er einen dreiköpfigen Ausschuss eingesetzt, der sich zusammen mit Experten dem Fall UBS-USA annehmen soll.

Die CVP, GLP und EVP sind erschrocken über die gemächliche Gangart des Bundesrates. Erst hatte er die aktuellen Herausforderungen des Finanzplatzes Schweiz unterschätzt und zu spät gehandelt und nun tut er so, als habe die Schweiz alle Zeit der Welt, eine Strategie zu erarbeiten.

Angesichts des Bundesberner Schnecken tempos ist es nicht verwunderlich, dass in Zürich die Nervosität steigt. Hier hat der Finanzplatz eine Bedeutung wie nirgendwo in der Schweiz, hier sind überdurchschnittlich viele Finanzexperten ansässig. Zürich hat ein besonderes Interesse daran, dass der Bundesrat rasch handelt und dass er kompetente Experten um sich scharft, die auch mit den speziellen Bedürfnissen des Finanzplatzes Zürich vertraut sind.

Der Regierungsrat muss sich darum dringend in Bern einbringen und sicherstellen, dass der Zürcher Finanzplatz eingebunden ist und dass die Arbeiten beschleunigt werden. Er darf das Dossier, das einen der wichtigsten Wirtschaftszweige Zürichs tangiert, nicht allein Bundesbern überlassen, zumal dessen Akteure nicht den Eindruck machen, alles im Griff zu haben.

Begründung der Dringlichkeit

Mit der Freigabe von bis zu 300 Kundendaten auf Geheiss der Finma haben sich Bundesrat und UBS lediglich eine kurze Verschnaufpause erkaufte. Die nächsten Forderungen liegen bereits auf dem Tisch und die EU rüstet sich zum grossen Angriff auf das Bankgeheimnis. Der Beizug von Experten ist dringlich, der Regierungsrat muss sich so rasch als möglich in Bern zu Wort melden.